

Verfassungsentwicklung in Ägypten

LETZTER TEIL EINER SECHTEILIGEN DISKUSSIONSREIHE

Die 6-teilige Diskussionsreihe zum Thema „Verfassungsentwicklung in Ägypten“ beschäftigt sich mit der aktuellen Diskussion im ägyptischen Parlament zur Änderung der ägyptischen Verfassung. Diskutiert wurden verschiedene Aspekte dieses Themas. Der letzte Workshop behandelte das Thema Wahlrecht, da die Verfassungsänderung auch die Möglichkeit der Änderung des Wahlrechts beinhaltet.

Herr Dr. Mustapha Kamel El-Sayyid begrüßte die Anwesenden zum letzten Seminar des Forums zur Verfassungsentwicklung in Ägypten, dankte der KAS für die Unterstützung dieser Diskussionsreihe und gab einen kurzen Überblick über die vorherigen Veranstaltungen, die die verschiedenen Aspekte des Themas behandelten. Danach ging er zunächst auf die am vorherigen Tag erfolgte Parlamentsabstimmung zu den Verfassungsänderungen ein, die von der NPD-Mehrheit im Parlament ohne jegliche Änderungen verabschiedet worden war, was viele der Anwesenden bemängelten. Er wies darauf hin, dass das Referendum zu der Verfassungsänderung schon in der kommenden Woche stattfinden werde und kritisierte, dass der Bevölkerung so keine Zeit bleibe, sich mit den vorgeschlagenen Verfassungsänderungen zu beschäftigen. Zum Thema des heutigen Seminars sagte er, dass ein neues Wahlrecht für Ägypten festgelegt werden sollte und es zu diesem Thema viele Frage gebe, insbesondere nach der Änderung von § 88 der Verfassung, wodurch die richterliche Aufsicht über den Wahlprozess aufgehoben wurde.

Daraufhin stellte er die Hauptrednerin Frau Dr. Soad Sharkawi vor, eine bekannte Professorin für Verfassungsrecht an der Kairo Universität. Auch Frau Dr. Sharkawi ging vor ihrem Vortrag auf die Parlamentsabstimmung ein, sie kritisierte vor allem die Eile, mit der dieses wichtige Thema behandelt worden war. Die Zeit hätte nicht ausgereicht, die vielen Änderungsvorschläge eingehend zu diskutieren und auf ihre Reichweite hin zu untersuchen. Auch das Referendum sei zu voreilig und schnell angesetzt worden, so dass weder Medien noch die Bevölkerung Zeit hätten, sich mit der schwierigen Materie auseinanderzusetzen. In diesem Zusammenhang verwies sie auf die französische Verfassung, die kurz nach Ende des 2. Weltkrieges ebenfalls in Eile verabschiedet worden war und zu vielen politischen Problemen führte, bis sie dann 1958 durch eine neue ersetzt wurde.

Einführend in das Thema des Seminars sagte sie, dass kein Wahlrecht das beste sei, sondern jedes Land das für die jeweilige landesspezifische Situation am besten passende Wahlrecht suchen müsse. Man dürfe aber nicht den Fehler begehen, nur das Wahlrecht alleine zu sehen,

sondern der gesamte Wahlprozess mit allen seinen Elementen wie Wählerregistrierung, Kandidatur, Abstimmungsprozess, Auszählung und Ergebnisverkündung bilde eine zusammenhängende Einheit. Grundvoraussetzung für erfolgreiche Wahlen sei das Vorhandensein des politischen Willens zur Durchführung von fairen Wahlen und vor allem der Respekt vor der Meinung des Wählers. Ohne diese Faktoren sei keine

ÄGYPTEN

CHRISTINA BAADE

März 2007

www.kas.de/ägypten

www.kas.de

Wahl durchführbar. In Bezug auf Ägypten kritisierte die Sprecherin die Einmischung der Exekutive in alle Bereiche des öffentlichen Lebens, ihrer Meinung nach sollten die Sicherheitsbehörden nur die Sicherheit auf der Straße garantieren nicht aber Einfluss auf die Durchführung der Wahlen nehmen dürfe. Sie vertrat die Meinung, dass die Wahlen 2000 und 2005 nicht hätten durchgeführt werden sollen.

Hiernach gab Dr. Sharkawi einen kurzen historischen Überblick über die verschiedenen Wahlsysteme in Ägypten. So gab es im 19. Jahrhundert ein indirektes Wahlrecht, vergleichbar dem US-amerikanischen. 1923 wurde das Wahlrecht geändert und 1956 das noch heute geltende direkte Wahlsystem eingeführt, mit der Auflage, dass 50% der Parlamentssitze auf Bauern und Arbeiter entfallen. Sie merkte an, dass für die richtige Durchführung eines direkten Wahlsystems eine gute Organisation vorhanden sein müsse, die es in Ägypten nicht gebe. Die große Anzahl der Wähler, die hohe Analphabetenrate, schlechte Organisation und andere Faktoren seien hier hinderlich. Weiterhin seien die Parteien in Ägypten sehr schwach, es gebe keine Parteiprogramme, kaum aktive Parteimitglieder.

Im Anschluss erklärte Dr. Sharkawi das deutsche Wahlrecht, das ihrer Ansicht nach ein gutes sei, da es sich aus Wahllisten und Direktkandidaten zusammensetzt. Sie wies auch darauf hin, dass sich das deutsche Wahlrecht mit der 5% Hürde aus der deutschen Geschichte heraus entwickelt habe, um das Vorhandensein zu vieler kleiner Parteien zu vermeiden, die eine Regierungsbildung stark erschweren. Das System von Wahllisten fördert ihrer Meinung nach das Bilden von unterschiedlichen Koalitionen. Danach erklärte sie noch kurz die verschiedenen Möglichkeiten der Ausrechnung der Sitzuteilung an den Beispielen des Divisorverfahrens nach d'Hondt und des Quotenverfahrens nach Niemeyer. Zum Ende ihres Vortrages wies Dr. Sharkawi noch einmal darauf hin, dass es kein bestes Wahlrecht gebe und auch das deutsche nicht unbedingt vollkommen auf Ägypten zu übertragen sei.

In der Diskussion spielte die Parlamentsabstimmung über die Verfassungsänderung eine dominierende Rolle, das Parlament wurde von den meisten Sprechern für seine Zustimmung stark kritisiert, da vor allem die Änderung der Artikel 79 und 88 zu einer Verschlechterung der demokratischen Entwicklung des Landes führen werde und zu viel Macht dem Staat und vor allem der Exekutive übertragen wurde. Fath El-Bab, Abgeordneter der Moslembrüder kritisierte, dass es keinen politischen Willen für die Schaffung eines echten politischen Lebens und einer politischen Vielfalt gebe, da es nicht die erforderliche Freiheit gebe. Er kritisierte auch die Parlamentarier, die er als Dienstleistungsparlamentarier bezeichnete, die nicht über politische Weitsicht verfügten und deswegen auch keine richtige Politik betreiben könnten. Auch Mahmoud Abaza, Vorsitzender der Wafd-Partei kritisierte einen Teil der Verfassungsänderungen, insbesondere das Anti-Terror-Gesetz, da es die privaten Rechte des Bürgers bedrohe.

Kritisiert wurde weiterhin die zu kurze Diskussion der Änderungen und der zu rasch angesetzte Termin des Referendum.

Bezüglich des Wahlrechts schlug ein Sprecher vor, eine Mischung aus Wahllisten und Einzelpersonen zu schaffen, wobei Gruppen wie Frauen, Bauern & Arbeiter und junge Menschen durch eine Quotenregelung unterstützt werden könnten.

Kritisiert wurde auch die große Anzahl der unabhängigen Parlamentarier, die während der Kandidatur keine politischen Standpunkte vertreten und erst nach erfolgreicher Wahl sich bestimmten Blöcken zuwenden. So sei keine vernünftige Regierungsbildung möglich.